

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2010

Nr. 5 · 6. Jahrgang

Links diskutiert

3 Kampf gegen Neonazis in Potsdam
Volksinitiative Erinnerungsorte

Potsdam-Mitte/Ortsteile

6-9 Garnisonkirche, Stadtentwicklung,
historische Mitte, Groß Glienicke

Links informiert

11 Ausführliche Debatte
zum Programm erwünscht

Tag der Befreiung zum gesetzlichen Feiertag!

Auf dem 3. Bundeskongress der Linksjugend [solid] Ende März 2010 beschlossen die Delegierten den Antrag des Bundesarbeitskreises „Shalom“ (Plattform gegen Antisemitismus, Antizionismus, Antiamerikanismus und regressiven Antikapitalismus innerhalb der linksjugend [solid]) mit deutlicher Mehrheit, sich für die Einführung eines gesetzlichen Feiertags am 8. Mai – dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus – stark zu machen. Wir dokumentieren hier den Beschluss:

„Es dauert nicht mehr lange, bis der letzte Zeitzeuge des nationalsozialistischen Vernichtungswahns von uns gegangen ist. Das Gedenken muss daher weiterentwickelt werden. Dies ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft. Die Linksjugend [solid] stellt sich dieser Aufgabe mit unterschiedlichen Ansätzen der Geschichtspolitik. Vom allgegenwärtigen Kampf gegen Neonazis und ihrer rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Ideologien über die Organisation eigener Bildungsfahrten in ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager bis hin zur Befürwortung und ggf. Zusammenarbeit von und mit Freiwilligendiensten in Ländern, die einst unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten hatten.

Trotz des aktiven Einschreitens gegen Neonazismus in unserer Gesellschaft und unseres antifaschistischen Bildungsanspruches gilt es, die Politik in eine Richtung zu drängen, die eine neue Gedenkpoltik durch weitere Formen untermauert. Hierzu zählt auch, den 8. Mai als einen staatlichen Gedenktag anzuerkennen. Der 8. Mai 1945 bedeutete für viele Menschen nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, sondern auch ihre Befreiung vom nationalsozialistischen Terror. Dieser Tatsache muss ein Rahmen gegeben werden, um ein angemessenes Gedenken zu ermöglichen.“

Wo ein Wille ist, ist noch kein Weg

Der Streit um den öffentlichen Uferweg am Groß Glienicker See
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE): Gemeinwohl geht vor Eigennutz

Fast täglich beschäftigen neue Meldungen aus Groß Glienicke die Bevölkerung, die Stadtverwaltung und die Medien. Der Streit um den freien Uferweg ist nicht entschieden, wenn auch die behördliche Macht einen zeitweisen Erfolg mit der Räumung der Sperrungen an zwei Grundstücken vorweisen kann.

„Die Konsequenz, die Sperrungen räumen zu lassen, findet unsere Unterstützung“, sagt Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung. Allerdings, so relativiert er, sei die aktuelle Situation auch das Ergebnis von Versäumnissen in der Stadtverwaltung, die jetzt wie ein Bumerang wirken. „Jetzt rächt sich, dass in der SPD-Stadtrregierung manche Fehleinschätzung und falsche Entscheidung getroffen worden sind. Als die Eigentümer Grundstücke am Ufer kaufen wollten, hat die Stadt den Ernst der Lage nicht erkannt. Dann wären einige Probleme leichter lösbar gewesen.“ Dass sich die Frage inzwischen zugespitzt hat, das Allgemeinwohl durchzusetzen zu müssen, hätte verhindert werden können. „Für



LINKE-Fraktionschef Dr. Scharfenberg vor Ort im Gespräch mit dem stellvertretenden Ortsbeirat Winfried Sträter (r.).

die LINKE gibt es eine prinzipielle Position: Allgemeinwohl geht vor Eigennutz.“

Die Bedingungen, dieses zu realisieren, sind ungleich günstiger als am Griebnitzsee. Der bestehende Bebauungsplan in Groß Glienicke hat bereits eine juristische Prüfung bestanden und ist 2001 für rechtens erklärt worden. „Diese Situation kann die Stadt nutzen, notfalls bis zur Enteignung.“ Doch sei der Verhandlungsweg für beide Seiten natür-

lich der günstigere. Da gleichen sich der Uferstreit vom Groß Glienicker und dem Griebnitzsee. Dort habe die LINKE schon in den 90er Jahren auf einen Bebauungsplan gedrängt.

„Was wir jetzt auch an Zeit, Kraft und Geld der Stadt aufwenden müssen, wäre nicht notwendig, wenn die Stadt rechtzeitig die Notwendigkeiten erkannt hätte“, sagt Scharfenberg. rd

(Mehr auf Seite 9)

1. Mai in Potsdam – gute Arbeit – gerechte Löhne – starker Sozialstaat

Wie in vergangenen Jahren treffen sich die Potsdamer auf dem Luisenplatz am 1. Mai. Nach der Demonstration ab 10.15 Uhr vom Platz der Einheit und der Kundgebung um 11.00 Uhr auf dem Luisenplatz wird hier wieder bis 16.00 Uhr ein zünftiges Familienfest zum Verweilen einladen. Auf den Bühnen werden Politiker zu Stadt- und Landesthemen im Gespräch sein.

Gedenken

Am Sonnabend, 8. Mai 2010, findet ab 11.00 Uhr eine Gedenkveranstaltung zur 65. Wiederkehr des „Tages der Befreiung“ vom Hitlerfaschismus am Ehrenmal auf dem Bassinplatz statt.

Programme gegen Rechts zeigen Wirkung

Die Zahl der Strafverfahren wegen rechtsextremer Gewalt gegen Menschen hat in Brandenburg 2009 den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren erreicht. Lediglich 21 derartige Verfahren haben die Staatsanwaltschaften im vergangenen Jahr geführt. 1998 und 2000, in den Hochzeiten rechtsextremer Gewalt, waren es jeweils 62 Verfahren. Das teilt das Innenministerium in einer Pressemitteilung mit. Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg meinte dazu: „Auch die schweren Wahlniederlagen der rechtsextremen Parteien haben 2009 insgesamt zu einem guten Jahr im Kampf gegen den braunen Spuk gemacht. Das ist ein Erfolg couragierter Bürger und Bündnisse sowie engagierter Polizeibeamter und Staatsanwälte. Die aktuelle Eskalation rechtsextremer Gewalt in Zossen zeigt jedoch, dass wir in der Auseinandersetzung gegen Rechtsextremismus nicht müde und kraftlos werden dürfen.“

(Weiter auf Seite 3)

Auf ein Wort...



Gute Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Von Günther Waschkuhn
Kreisvorsitzender
DIE LINKE.Potsdam

Für diese Ziele kämpfen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht nur am 1. Mai. Anstelle von Hungerlöhnen und Leiharbeit brauchen wir gute Arbeit, das heißt gesicherte und sozial versicherte Beschäftigung. Dazu gehören gute Löhne, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und nicht nur das Existenzminimum sichern. Die zunehmende Aufstockung von Niedriglöhnen durch Arbeitslosengeld II ist nichts anderes als Betrug an den abhängig Beschäftigten und Gewinnsteigerung für die Reichen und Superreichen. Um diese Entwicklung zu beenden, brauchen wir auch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn als Sicherheitsgurt für alle. Deutschland ist Spitze beim Wachstum von Armut und Einkommensungleichheit im Vergleich der OECD-Länder seit 2000 – trotz steigender Produktivität sinken die Realeinkommen. Die Kehrseite der Medaille sind steigende Gewinne der Superreichen. Nötig sind also regelmäßige Reallohnsteigerungen – denn sozial ist nur, was Kaufkraft schafft. Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ge-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

hört auch Arbeitszeiten zu verkürzen statt zu verlängern. Statt Arbeitslosigkeit für viele brauchen wir kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich für alle. Wir brauchen eine Kehrtwende hin zu einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, nur so kann die Spaltung unserer Gesellschaft bekämpft werden. Eine der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Steuer- und Finanzpolitik ist auch Voraussetzung für ausreichende Einnahmen der Länder und Kommunen zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es gilt der Satz, dass sich nur Reiche einen armen Staat leisten können. Der 1. Mai sollte auch daran erinnern, dass der Kapitalismus nicht „das Ende der Geschichte“ sein darf. Für einen Aufbruch zu einer anderen solidarischen Art zu leben und zu arbeiten engagieren sich immer mehr Menschen innerhalb und außerhalb der LINKEN. Mit der begonnenen Diskussion zum Programm der LINKEN wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Günther Waschkuhn**, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Gerlinde Krahnert**, freie Mitarbeit; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000

LeserInnen. Nachdruck, auch aus-

zugsweise, nur mit schriftlicher Ge-

nehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht aus-

drücklich als Stellungnahme des

Kreisvorstandes und/oder der Redak-

tion gekennzeichnet sind, stellen die

persönliche Meinung des/der AutorIn

dar. Für unverlangt eingesandte Ma-

nuskripte bzw. Fotos kann keine Haf-

tung übernommen werden. Für die

Veröffentlichung von Leserpost behält

sich die Redaktion das Recht sinn-

wahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH

Neubrandenburg.

Entscheidend is' auf'm (Sport)Platz!

Sport- und Freizeitplatz „Westkurve“ – Hunderte Kinder und Jugendliche wirbeln Staub auf

Mit einem Offenen Brief hatten am 14. April 2010 der Förderverein und die Schulkonferenz und Schulleitung der Gerhart-Hauptmann-Grundschule; das Elterngremium, Schulkonferenz und Schulleitung der Käthe-Kollwitz-Oberschule; der Kita-Ausschuss und Leitung der Kita Baumschule; der Kita-Ausschuss und Leitung des Ev. Kindergartens der Erlöserkirche; die Bürgerinitiative Westkurve sowie die Sportgruppe Ballsport des Stadtsportbundes die Stadtverordneten auf den Sportplatz „Westkurve“ zwischen Hans-Sachs-Straße und Park Sanssouci eingeladen, um gemeinsam mit vielen Kindern, Schülern, Lehrern, Erziehern, Anwohnern und interessierten Bürgern sich selbst noch einmal ein aktuelles Bild davon zu machen, wie wichtig einerseits der Platz hier im Viertel ist, und wie traurig andererseits – vor allem vom Belag her – sein Zustand leider noch immer ist. Rund 500 SchülerInnen, Lehrer und Erzieher hatten sich auf dem staubigen Platz versammelt. Mit selbst gefertigten Plakaten wiesen sie auf die Misere des Platzes hin. Von Seiten der Stadt war Frau Josefine Ewert, Fachbereichsleiterin, sowie die LINKEN-Abgeordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Hella Drohla erschienen. Scharfenberg war über den Zustand des Platzes entsetzt und sagte zu, für die Verbesserung der Zustände in der SVV zu wirken. Ebenso sagte Frau Ewert Unterstützung zu.

Die Probleme fasste Sebastian Köhler, Eltern-Vertreter an der Gerhart-Hauptmann-Grundschule und Übungsleiter einer Freizeitsportgruppe beim Stadtsportbund in seinem Bericht zusammen:

„Dieser Platz ist so wichtig, und der Belag sieht so traurig aus, voller Glas und scharfer Schottersteine!“, erklärt die achtjährige Stella aus der 2b, warum sich hier – auf dem Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße in der Brandenburger Vorstadt – an diesem Mittwochvormittag mehrere Hundert Schüler und Kindergartenkinder, Lehrer und Erzieher, Anwohner und Politiker einfanden. Auslöser war ein Offener Brief der anliegenden Schulen und Kindergärten, aber auch von Vereinen, Sportgruppen und der Bürgerinitiative „Westkurve“ (so wird der Platz im Volksmund genannt) an die Verantwortlichen in der Stadt Potsdam: Bürger haben ja seit 2007 weitgehend in Eigeninitiative schon viel geleistet (z.B. Beachvolleyballfeld und Rutschenturm) – doch nun möge doch auch die Stadt Potsdam das IHRE tun, um diesen Platz endlich in einen würdigen Zu-

stand zu bringen, vor allem, was den Belag und Sanitäreinrichtungen betrifft.

Das Motto des öffentlichen Treffens all derer, die hier Schul-, Kindergarten- und Freizeitsport machen, lautete: „Entscheidend is' auf'm Platz“, wie es einst die Duisburger Fußball-Legende Adi Preißler formuliert hatte. Dass dieser Platz dringendst sanierungsbedürftig ist, das hatte auch die Schuldezernentin von Potsdam, Frau Dr. Iris-Jana Magdowski, bei einem Ortstermin Ende März klar erkannt und als Problem benannt.

Das Viertel ist sehr reich an Kindern und Jugendlichen, an Familien und Leuten, die sich bewegen wollen – aber nicht gerade reich, was die Möglichkeiten für Sport und Spiel angeht. Umso wichtiger wurde und wird dieser Platz hier. Der Schülersprecher der Hauptmann-Grundschule, Leon Diederick Giseler



aus der Klasse 6b, sagte, die Kinder seien sehr dankbar für den Einsatz der Anwohner, aber nun solle auch die Stadt ihren Beitrag leisten. Und der Sportlehrer und stellvertretende Schulleiter von der Kollwitz-Oberschule, Wolfgang Buttstädt, ergänzte, bei feuchtem Wetter gebe es hier Schlammpfützen und bei Trockenheit Staubwolken – was auch beim Treffen an diesem Tag nicht zu übersehen war.

Schul- und Sport-Fachbereichsleiterin Josefine Ewers von der Potsdamer Stadtverwaltung versprach Besserung – baldmöglichst. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg von der LINKEN, die leider als einzige der Einladung des Offenen Briefes an alle Fraktionen und Gruppen in der Stadtverordnetenversammlung gefolgt war, wurde konkreter: Im Mai 2010 wolle seine Fraktion das Thema als sehr dringlich ins Potsdamer Stadtparlament ein-

bringen. Tenor vieler selbstge-malter Plakate der Schüler wie „Mordplatz statt Sportplatz“, „Potsdam Mitte Hui, Potsdam West Pfu“, „Unser Sportplatz spottet jeder Beschreibung“: die Verantwortlichen in Land und Stadt sollten die öffentlichen Gelder vor allem für einen lebendigen, lebenswerten Alltag verwenden. Und hier ganz konkret für einen nutzbaren Schul- und Freizeitsportplatz, mit ordentlichem Belag, Netzen und Toren.

Am Ende des demonstrativen Treffens drehten alle auf dem Platz eine kleine sportliche Ehrenrunde – und hatten auch damit wieder jede Menge Staub aufgewirbelt. Oder wie es der weise Fußballer Adi Preißler vielleicht formuliert hätte: Grau ist alle Theorie. Und wenn auch all die Museums-Fassaden noch so bunt leuchten mögen – entscheidend ist und bleibt auf'm Platz!



Naziaktivitäten in Potsdam und Umgebung im Frühjahr 2010

Bereits im Januar stand der alljährliche Naziaufmarsch in Magdeburg auf dem Programm Potsdamer Neonazis. An diesem nahm auch eine Gruppe von ca. 10 Potsdamer Neonazis, sowohl aus dem Umfeld der „Alternativen Jugend Potsdam“ (AJP) als auch der „Freien Kräfte Potsdam“ (FKP), teil (Foto).

Am 07.02.2010 besuchten Neonazis der „FKP“ und der „AJP“ die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Dazu finden sich Berichte auf den Internetseiten beider Gruppen. Die Nazis halten sich bei ihren Berichten mit ihren Thesen offensichtlich sehr zurück, um nicht strafrechtlich belangt zu werden. Klar wird, dass es ihnen nicht um eine historische Auseinandersetzung geht, sondern um eine Verhöhnung der Opfer. Die Identifikation mit MörderInnen und die Leugnung oder Minderung der Opferzahlen kann hier wohl kaum als „wahrheits-suchend“ bezeichnet werden.

Thematisch ähnlich ausgerichtet wie in Magdeburg, sollte der „Trauermarsch“ in Dresden am 13.02.10 ein Großereignis für die

bundesdeutsche Neonaziszene werden. Doch dank breiter antifaschistischer Proteste und einem gut organisierten Blockadekonzept gelang dieser den Nazis dieses Jahr nicht. So mussten sich auch die aus Potsdam angereisten Neonazis frustriert wieder auf den Heimweg machen.

Die „FKP“ stellten fünf Tage nach dem verhinderten Aufmarsch in Dresden einen Bericht auf ihre Homepage, nach welchem sie am 14.02.2010 zusammen mit der „AJP“ eine Gedenkaktion am Alten Markt in Potsdam durchgeführt hatten. Ein ähnlicher Bericht erschien bereits am 14.02.2010 auf der Internetseite der „AJP“. Hierbei hatten sie ihren eigenen Angaben zufolge Kerzen angezündet und eine Schweigeminute für die „[...] durch den alliierten Massenmord vor 65 Jahren in Dresden getöteten Deutschen“ abgehalten, während sie sich dabei fotografierten.

Am 23.02.2010 jährte sich der Todestag von Horst Wessel. Dieser wurde schon in seinem Todesjahr 1930 zum Helden stilisiert

und gilt bis heute unter den Nazis als Märtyrer und nationalsozialistischer „Idealist bis in die letzte Faser seines Herzens“. Deshalb gibt es jährlich bundesweit zu seinem Todestag Aktionen. Auch in Potsdam hat dies bereits traurige Tradition, welche sich in Potsdam bis in das Jahr 2006 zurückverfolgen lässt. Dieses Jahr waren in der Nacht zum 23.02. wieder zahlreiche Schablonensprüche mit dem Konterfei von Horst Wessel und weitere größere Parolen in Fahrland, Marquardt, Waldstadt, Rehbrücke und Am Stern zu finden.

Seit neuestem produziert die Potsdamer NPD Flugblätter mit dem Namen „Potsdamer Fackel“. Hierbei geht es darum, Hetze gegen MigrantInnen und Forderungen im Rahmen aktueller politischer Themen bürgernah zu vermitteln. Alle in der öffentlichen Presse auftauchenden Themen werden irgendwie erwähnt, um ein möglichst breites Meinungsspektrum anzusprechen, ohne dabei jedoch Lösungen oder Alternativen anzubieten. Frauen werden auf die Rolle der Mutter reduziert, und die einzige



„Ursache“ all der nicht erfüllten Forderungen sind natürlich die Flüchtlinge. Über Diskriminierung nicht hinausgehend, sollen diese verkürzten Denkmuster dann auch noch bei den regelmäßig stattfindenden Stammtischen diskutiert werden.

In diesem Sinne bedeutet der Kampf gegen Nazis auch Kampf gegen das Vergessen oder Relativieren von Gräueltaten wie der Shoa, Aufdecken von Leugnung und Geschichtsrevisionismus und Verhindern derartiger Propaganda.

Lasst uns auch 2010 den Nazis weiterhin ihre Aktionen vermessen und eigene Akzente setzen!
Quelle: [a] antifaschistische linke potsdam



Potsdamer Neonazis am 16.01.2010 in Magdeburg: (v.l.n.r.) Benjamin Oe., Dennis H., Thomas P., Patrick D. und Carsten S.

20.000 Unterschriften

Im April startete eine Volksinitiative zu Erinnerungsorten in Brandenburg

Der Erhalt dezentraler Erinnerungsorte für die Zeit des faschistischen NS-Regimes und der öffentliche Zugang zu ihnen ist ein wichtiger Teil einer demokratischen und antifaschistischen Erinnerungskultur in Deutschland und Europa.

In Brandenburg gibt es viele solcher Orte. Die Brandenburger Landesvereinigung der VVN-BdA will im Bündnis mit den Initiativen vor Ort für den Erhalt verschiedener Erinnerungsorte im Land Brandenburg eine Volksinitiative starten. Die Sammlung der 20.000 Unterschriften begann zum 65. Jahrestag der Be-

freierung der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück und seiner Außenlager im April. Im Zentrum der Initiative stehen dabei besonders drei Orte:

1. Das ehemalige Vernichtungslager und Todeslager Klinkerwerk in Oranienburg

Das Klinkerwerk steht wie kein anderer Ort im Land Brandenburg für das nationalsozialistische Programm der Vernichtung durch Arbeit. Häftlinge mussten das Werk, die Hallen und Hafenanlagen errichten. In verschiedenen »Strafkommandos« gingen tausende Menschen zugrunde.

2. Das Ehemalige KZ für Mädchen

und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark

Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark zählte 1945 ca. 1.000 Mädchen und junge Frauen als Häftlinge. Im Januar 1945 wurde auf dem Gelände ein Vernichtungslager für Häftlinge aus Ravensbrück gebaut. Bis April 1945 wurden dort ca. 5.000 Frauen umgebracht.

3. Ehemaliges Vernichtungslager Lieberose

Im November 1943 wurden die ersten Häftlinge nach Lieberose deportiert. Im Frühjahr 1944 kamen dann weitere, zumeist ungarische und polnische Juden.

Unter unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen mussten sie die Anlagen des Truppenübungsplatzes bauen, wobei tausende Häftlinge den Tod fanden.

Wir fordern eine angemessene Förderung und Unterstützung durch das Land Brandenburg, um öffentlich zugängliche und würdige Gedenkorte zu schaffen. Wir rufen alle Interessierten, Vereine und Einzelpersonen, auf, die Volksinitiative auch über das Land Brandenburg hinaus zu unterstützen. Mit zur Initiative rufen das Sachsenhausen-Komitee in der BRD und die Berliner VVN-BdA auf.

Rechte Gewalt

Die Opferperspektive erklärte, sie habe für das vergangene Jahr 101 rechts motivierte Angriffe in Kooperation mit lokalen Initiativen in Brandenburg gezählt. Damit bewege sich das Ausmaß rechter Gewalt in Brandenburg etwa auf dem Niveau des Vorjahrs (2008: 110 Fälle). Die 2009 erfassten Straftaten richteten sich nach Kenntnis der Beratungsstelle gegen mindestens 138 Personen. Weitere 58 Menschen waren mittelbar als Begleitpersonen von Angriffen betroffen. Bei 49 Angriffen war Rassismus das Tatmotiv, in 26 Fällen wurden die Opfer als politische Gegner eingestuft, bei 18 Gewalttaten einem alternativen Milieu zugeordnet. Bei 78 der 101 Straftaten handelte es sich um Körperverletzungen. Hinzu kommen Delikte wie Brandstiftungen, massive Bedrohungen oder größere Sachbeschädigungen.

Gewalttatenliste. Seit 1998 führt Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Rautenberg eine Gewalttatenliste. Sie sei eine Übersicht über rechtsextremistische, fremdenfeindliche, antisemitische Gewalttaten zum Nachteil von Personen auf der Grundlage der Berichte der vier Leitenden Oberstaatsanwälte aus Cottbus, Frankfurt (Oder), Neuruppin und Potsdam. Rautenberg: „An der Häufigkeit dieser schwersten Gewalttaten lässt sich das Potenzial der bestehenden Gefahr besonders gut erkennen.“ Danach ergibt sich für die pro Jahr neu geführten staatsanwaltlichen Verfahren folgende Entwicklung: 1998: 62; 1999: 54; 2000: 62; 2001: 44; 2002: 40; 2003: 43; 2004: 43; 2005: 37; 2006: 32; 2007: 24; 2008: 22; 2009: 21.

Kontakt:

VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36
14467 Potsdam
vvn-bbg(at)gmx.de
Weitere Informationen finden sich auf unserer Internetseite unter: brandenburg.vvn-bda.de/erinnerungsorte

Wenn zwei dasselbe tun...

Mai 1835

Die Potsdamer Polizei hatte schon so ihre Sorgen mit dem Erhalt und der Schonung öffentlicher Anlagen. Das Reiten, Fahren und Spielen barg Gefahren für Bäume, Sträucher, Wiesen und Blumenrabatten in sich. Mehrfach schon waren entspre-

chende Verordnungen erlassen worden, doch die Potsdamer Polizeiverordnung vom 23. Mai 1835 enthielt eine besondere Warnung, die „...sich ausnahmslos an das Gesinde und tagbedienstete Arbeiter...“ richtete. Für jede Beschädigung wurde nicht nur

Ersatz gefordert, sondern auch „...öffentliche Anprangerung, eine verhältnismäßig fühlbare Geldstrafe oder nach Umständen eine körperliche Züchtigung...“ angedroht.

Völlig anders aber wurden die „...gut situierte Personen von

Adel und Bürgerthum...“ angesprochen! Denn wenn dergleichen Schaden „...durch Versehen oder gelegentlichen Schabernack untereinander...“ anrichten, so tilgen sie ihn „...unverzüglich durch hochherzige Spenden...“
Wenn zwei dasselbe tun...

1945: Die erste gemeinsame Handlung

Mai 1945

Wenn auch der Krieg noch nicht beendet worden war, in Potsdam schwiegen die Waffen bereits seit dem 30. April und die Menschen begannen damit, dem Leben wieder Normalität zu geben. Jedenfalls das, was unter diesen widrigen Umständen als normal bezeichnet werden konnte. Auch das politische Leben musste neu

organisiert werden. Es hatte neben dem militärischen auch anderen Widerstand in Potsdam gegeben, dessen Repräsentanten jetzt an die Öffentlichkeit traten – Sozialdemokraten gleichermaßen wie Kommunisten. Sie trafen sich am 03. Mai 1945 in der Buchdruckerei Stein (heute: Hegelallee) und bildeten einen

Zehnerausschuss. Damit bestand erstmals in der Geschichte Potsdams ein sozialdemokratisch-kommunistisches Leitungsgremium – lange vor der Diskussion über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien.

Im Anschluss an diese erste Zusammenkunft ehrten die Teilnehmer am Standort des Pots-

damer Amtsgerichts in der Kaiser-Wilhelm-Straße (heute Hegelallee) ermordete Potsdamer Antifaschisten. Unter ihnen Herbert Ritter, Walter Junker, Walter Klausch, Albert Klink, Tommy Marquardt, Hermann Elflein. Es ist dies die erste Ehrung für Antifaschisten in Potsdam.

-rt

„Ruf aus Potsdam – ... allgemeine und vollständige Abrüstung...“

Mai 1960

Am 16. Mai 1960 sollte in Paris eine Vier-Mächte-Konferenz (Sowjetunion, USA, Großbritannien, Frankreich) stattfinden, die sich mit der weiteren politischen Entwicklung Deutschlands befassen wollte. An eben diese Konferenz richteten am Vorabend des „Tages der Befreiung“ Ehrenbürger Potsdams und weitere namhafte Potsdamer einen „Ruf aus Pots-

dam“. In ihm unterstreichen sie: „Unsere friedliche Aufbauarbeit berechtigt uns zu der Forderung, durch die allgemeine und vollständige Abrüstung Bedingungen eines dauerhaften, sicheren Friedens zu schaffen, unter denen Wissenschaft und Kultur voll erblühen und die Menschen der ganzen Welt ungestört und frei von Furcht vor einem neuen

Kriege zu ihrem eigenen Wohle arbeiten können.“

Der „Ruf aus Potsdam“ wurde u.a. unterzeichnet von: Prof. Kurt Maetzig, Prof. Willy Kurth, Prof. Karl Foerster, Hans Marchwitza, Dr. Otto Meier, Prof. Dr. Johannes Gellert, Siegfried Valentin und Wilhelm Rescher. In den Folgetagen bekennen sich weitere Persönlichkeiten der Stadt zu

diesem „Ruf aus Potsdam“. Es sind u.a. Prof. Werner Hollmann, Prof. Dr. Max Vollmer, Helga Göring, Konrad Wolf, Johannes Arpe und Generalmajor a.D. Dr. Otto Korfes. Auch angesichts der neuen US-amerikanischen Überlegungen zur Reduzierung von Kernwaffen eine immer noch aktuelle Forderung.

Jungfernfahrt mit der „Treptow“

Mai 1960

Der 16. Mai 1960 war ein besonderer Tag in der Geschichte des Feriendienstes der Gewerkschaften, denn das FDGB-Urlauber-Binnenschiff „Treptow“ trat von Potsdam

aus seine Jungfernfahrt nach Bad Schandau an. 88 Potsdamer nahmen an der Fahrt teil.

Ähnliche besondere Ereignisse hatte es schon Jahre vorher gege-

ben. Am 06. Juli 1946 weihte der Provinzialvorstand Brandenburg des FDGB das „Haus am See“ in Köthen bei Königs Wusterhausen als erstes FDGB-Ferienheim der

Provinz Brandenburg ein. Zu den ersten Nutzern zählten auch Arbeiter des Lokomotivbaubetriebs Orenstein & Koppel aus Potsdam-Babelsberg.

Vom Bassinplatz bis zum Schloss Cecilienhof

Mai 1980

Vom 19. Juli – 03. August 1980 fanden die XXII. Olympischen Sommerspiele in Moskau statt – erstmals in einem sozialistischen Land. Das war Grund, die Vorbereitung darauf nicht nur sportlich, sondern auch politisch zu organisieren. Eine breit angenommene Aktion war

die „Olympia-Meile 1980“. Jedem Freizeitsportler wurde damit die Möglichkeit gegeben, nach dem Lauf von hundert Meilen à 1.980 Meter ein T-Shirt mit entsprechendem Aufdruck zu erwerben (auch für 500 bzw. 1.000 Meilen gab es solche Hemden).

Am 10. Mai 1980 fand die Abschlussveranstaltung des Bezirkes Potsdam zur Aktion „Olympia-Meile 1980“ auf dem Bassin-Platz statt. Bevor der Start für die Meile freigegeben wurde, legten die Kanutin Birgit Fischer und Gennadi Kortschkow (Olympiasieger 1972 im Ru-

den) einen Kranz am sowjetischen Ehrenmal nieder. Und dann zog sich die lange Schlange der Läufer durch die Stadt – vom Bassinplatz durch den Neuen Garten bis zum Schloss Cecilienhof; vom sowjetischen Ehrenmal bis zur Stätte des Potsdamer Abkommens.

2. Strophe der DDR-Nationalhymne
Glück und Frieden sei
beschieden
Deutschland, unserm Vaterland.
Alle Welt sehnt sich nach
Frieden,
Reicht den Völkern eure Hand.
Wenn wir brüderlich uns ein-
nen,
Schlagen wir des Volkes Feind!
Laßt das Licht des Friedens
scheinen,
Dass nie eine Mutter mehr
Ihren Sohn beweint.

Der stumme Schrei der Frauen und Mütter

„Seit Beginn des Einsatzes am Hindukusch vor acht Jahren, im Jahr 2002, kamen insgesamt 43 Bundeswehrangehörige in Afghanistan ums Leben.“

Seit einigen Wochen kommen immer mehr Särge mit gefallenen Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan nach Deutschland zurück. Die Frage nach dem „Warum“ und der Ruf nach dem Rückzug sind seitdem bei über 70% der Bevölkerung festzustellen.

Immer mehr zeichnet sich Un-

verständnis bei den Bürgern ab, wieso ausgerechnet Deutschland seine Sicherheit am Hindukusch verteidigen muss.

Die Presse berichtet mittlerweile täglich von den Geschehnissen in Kandahar und Umland, doch niemand bekommt etwas von den Tränen der Mütter, Frauen und Kinder mit, die zu Hause auf ihren Sohn, Ehemann oder Vater warten. Familienangehörige, die jedes Mal, wenn das Telefon klingelt, zusammenzucken, die bei

jeder Mitteilung von schweren Gefechten in Afghanistan in Angstzustände verfallen und hoffen, dass nicht ihr Lebenspartner, Sohn oder Vater gefallen ist.

Die Frage nach dem „Warum“ oder „Weshalb“ lässt sich diesen Familienangehörigen nur sehr schwer oder gar nicht vermitteln.

Die Anteilnahme und das Mitleid der Politiker sind kein Trost und kein Ersatz für den sinnlosen Verlust eines Menschen, der in einem Kampf gefallen ist, der

nicht seiner war. Dass der Staat und die Bundeswehr die Angehörigen der Gefallenen in keiner Weise unterstützen, ja sogar es noch erschweren Netzwerke aufzubauen, um sich gegenseitig Trost und Hilfe zu geben, zeigt, wie wichtig es für die Angehörigen der deutschen Bundeswehrsoldaten ist, die Regierung aufzufordern, den Einsatz in Afghanistan zu beenden und die Soldaten heimzuholen.

Thomas Schummel

Bürgerhaushalt 2010 – wie bürgernah ist diese Beteiligungsform?

Mehr als 5.300 Bürgerinnen und Bürger haben sich an den Verfahren im Rahmen des Bürgerhaushaltes 2010 beteiligt und 682 Vorschläge unterbreitet. Das ist ein tolles Ergebnis auch unter dem Aspekt der Entwicklung Potsdams zur Bürgerkommune. Von den 682 Vorschlägen kamen 20 durch mehrere Abstimmungsrunden in die „Liste der Bürgerinnen und Bürger“. So weit – so gut!

Die Fraktionen, die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte waren aufgefordert, sich zu den 20 Vorschlägen zu positionieren, d. h. sie zur Annahme zu empfehlen (mit Angabe, woher die notwendigen finanziellen Mittel zur Umsetzung kommen sollen), sie zur Ablehnung zu empfehlen, sie als Prüfantrag auszuweisen oder sie als bereits in Umsetzung befindlich einzustufen.

Dass die o. g. verschiedenen Gremien zu unterschiedlichen Einstufungen kamen, ist

noch erklärlich und nachvollziehbar. Was danach passierte, hat mit der angestrebten Bürgerbeteiligung und Transparenz der Haushaltsgestaltung nicht mehr all zu viel zu tun.

Der Finanzausschuss hat in seiner abschließenden Haushaltssitzung seine Entscheidung zur Einstufung der 20 Einzelvorschläge getroffen. Das geschah mit den Stimmen der Rathauskooperation, bestehend aus SPD, CDU/ANW, FDP und B90/Die Grünen. Die von den anderen Fraktionen und Gruppen, den Ausschüssen und den Ortsbeiräten abgegebenen Voten spielten hier schon keine Rolle mehr.

Der endgültige politische Fauxpas passierte dann in der Haushaltssitzung der Stadtverordnetenversammlung: Grundlage für die Abstimmung über die 20 Vorschläge aus der „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ war einzig und allein das vom Finanzausschuss abgegebene Votum.

Die Rathauskooperation hat einen Antrag der Gruppen >Die Andere< auf Einzelabstimmung zu den 20 Vorschlägen abgelehnt.

Die Position dieser politischen Mehrheit wurde somit im Block abgestimmt. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des städtischen Haushalts war offenbar die Zeit nicht wert, die eine Einzelabstimmung in Anspruch genommen hätte.

Immerhin ist es mit den Stimmen der LINKEN, der Grünen und der ANDEREN gelungen durchzusetzen, dass die Verwaltung im Juni 2010 ein Ergebnis der Prüfung der Machbarkeit der Vorschläge vorzulegen hat.

Es ist trotz mehrerer Vorstöße nicht gelungen, ein eigenes Budget für die Umsetzung der im Rahmen des Bürgerhaushaltes eingereichten Vorschläge einzurichten. Das bedeutet, dass die Entscheidung darüber, was mit den Bürgervorschlägen passiert, einzig von der politischen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung abhängt. Mit anderen Worten: Da, wo es wirklich ernst wird, haben die Bürger dann nichts zu entscheiden – nämlich beim Geld!

Potsdamerinnen und Potsdamer, die sich aktiv in den Bürgerhaushaltsprozess eingebracht haben, warnen jetzt mit Recht vor der Gefahr, dass diese Form der Bürgerbeteiligung zu einem formal-bürokratischen Akt degradiert wird.

Es bleibt zu hoffen, dass mit dem in der Stadtverordnetenversammlung an den Tag gelegten Umgang der „bürgerlichen Mitte“ mit der Willensbildung der Bürger nicht Resignation und Gleichgültigkeit Raum greifen.

Wir möchten, dass der Bürgerhaushalt in der Stadt Potsdam seinem Namen alle Ehre machen kann und werden weiterhin dafür sorgen, dass die dafür notwendigen Bedingungen geschaffen werden.

Peter Kaminski,
Finanzpolitischer Sprecher DIE LINKE
Dr. Sigrid Müller,
Geschäftsführerin DIE LINKE



Bürgerhaushalt 2011 startet

In der Zeit vom 4. Mai bis 17. Juni können wieder alle Potsdamerinnen und Potsdamer ab 14 Jahren eigene Ideen einbringen. Dazu stehen der Postweg und das Internet sowie drei Bürgerversammlungen vom 15. bis 17. Juni 2010 zur Verfügung. Daneben können die Vorschläge telefonisch unter 0331/289-1120 abgegeben werden. Vorschläge, Anregungen und Ideen können online unter www.potsdam.de/buergerhaushalt, auf dem Postweg an die Landeshauptstadt Potsdam, Projektteam Bürgerhaushalt, Friedrich-Ebert-Str. 78-81, 14469 Potsdam oder per Fax an 0331/289-841120 eingereicht werden.

Terminhinweise:
Aufaktveranstaltung Bürgerhaushalt 2011: Dienstag, 4. Mai 2009, 18 Uhr, im Plenarsaal des Stadthauses
Stadtteilversammlungen:
Dienstag, 15. Juni 2010, 18 Uhr, Jugendherberge „Haus der Jugend“, Schulstraße 9, 14482 Potsdam-Babelsberg
Mittwoch, 16. Juni 2010, 18 Uhr, Seniorenzentrum „Käthe Kollwitz“ Zum Kahleberg 23a, 14478 Potsdam-Waldstadt II
Donnerstag, 17. Juni 2010, 18 Uhr, Grundschule „Gerhart Hauptmann“ Carl-von-Ossietzky-Str. 37, 14471 Potsdam-West

Wo bleibt die Kaufhalle am Schlaatzter Schilfhof?

Oberbürgermeister löste sein Wahlversprechen bisher nicht ein/LINKE unterstützt weiter Schlaatzter

Die Kaufhalle am Schilfhof steht seit über einem halben Jahr leer, und nichts tut sich im Wohngebietszentrum des Stadtteils Schlaatz.

Als 2005 abzusehen war, dass die Halle geschlossen wird, hat sich DIE LINKE um eine stabile Nahversorgungslösung bemüht. Wir drängen darauf, dass die Verwaltung den von der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss zur Sicherung der Nahversorgung am Schlaatz umsetzt.

Über die Zeit hat der Oberbürgermeister, der in seinem Kommunalwahlkampf 2008 den Schlaatzern die Vor-Ort-Versorgung persönlich versprochen hat, auf unser Drängen zunehmend genervt reagiert.

Gespräche mit Bürgern und Initiativen haben uns aber in unserem Bemühen bestärkt. Neben der neu eröffneten REWE-Kaufhalle

am Horstweg wird der Nahversorger als Anker im Stadtteilzentrum gebraucht! Das erklärt sich schon allein aus der Bevölkerungsstruktur. Umfragen des Hauses der Generationen und Kulturen haben bestätigt, dass der Wunsch nach einem Nahversorger im Stadtteil immer an erster Stelle steht, vor Punkten wie Sicherheit und Sauberkeit.

Die Stimmen der Anwohner werden lauter, wie der gut besuchte Frühschoppen der LINKEN am 11. April zeigte. Eine Unterschriftenaktion wurde ins Leben gerufen.

In der April-Stadtverordnetenversammlung wurde unser Antrag, der OBM soll in Umsetzung der Beschlüsse der SVV die Nahversorgung am Schilfhof sichern, mehrheitlich beschlossen. Mit dieser Bekräftigung wurde deutlich, dass viele Stadtverordnete dem Bau der neuen REWE-Kaufhalle am Horstweg

und dem damit einhergehenden Wegfall von Kleingärten nur unter der Voraussetzung zugestimmt haben, dass die Nahversorgung gesichert bleibt. Offenbar sind jetzt auch andere Fraktionen wach geworden und äußern ihren Unmut über das bisher ergebnislose Agieren der Verwaltung.

Mit Konsequenz und Beharrlichkeit werden wir die Anwohner in ihrem Protest gegen das nicht eingehaltene Wahlversprechen des OBM und in ihrem Bemühen um eine stabile Versorgung unterstützen.

Wir nehmen das eklatante Versagen der Verwaltung nicht hin. Es gibt Lösungen für die Kaufhalle am Schilfhof, die allerdings einer klaren Unterstützung und Beförderung durch die Stadt bedürfen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Garnisonkirche – Verunsicherungen ausgeräumt

Gedanken nach einer unspektakulären Debatte im Haus der LINKEN

Gerechter verteilen

Die vorherige Landesregierung hatte im Juni 2009 beschlossen, dass in einem Umfang von 3,55 Millionen Euro Einzelmaßnahmen der Erinnerungskultur außerhalb der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gefördert werden sollen. U.a. zählen dazu die Gedenkstätte Lindenstraße, die KZ-Außenlager Lieberose/ Speziallager Nr. 6 Jamlitz, Informationssysteme zu KZ-Außenlagern, die Gedenkstätten Seelow-Höhen, die Ausstellung Potsdamer Konferenz im Schloss Cecilienhof sowie besagte Projekte der Stiftung Garnisonkirche. Nun sollen von den 3,55 Millionen Euro 2 Millionen Euro in die Garnisonkirche fließen – das sind 56 Prozent der Gesamtsumme. Aufregung entstand, als DIE LINKE Potsdam Anfang des Jahres die Landesregierung aufforderte, „die Mittel aus dem PMO-Vermögen gerechter auf die verschiedenen Projekte aufzuteilen.“

Die „Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam“ polarisiert und bewegt die Menschen dieser Stadt. Unter ihr liegt ein „Container voller Vorurteile und Symbolik“, so Pfarrer Martin Vogel während der Debatte im Haus Alleestraße. Als die „Kirche der Garnisonsstadt“ war sie ein Sinnbild des preußischen Militarismus. Geradezu verhängnisvoll wurde dieser Ort für Deutschland, als am „Tag von Potsdam“ im März 1933 genau an dieser Stelle Hitler von den Konservativen auf ihren Schild gehoben und damit hoffähig gemacht wurde. Im Jahre 1968 wurde die Kirche, zumindest die Ruine der 1945 beim Bombenangriff schwer getroffenen Kirche, gesprengt. Walter Ulbricht hatte es angeordnet. Es ging um „neue moderne sozialistische Städte“, deren Silhouette nicht von Kirchen geprägt sein sollte. Auch in Leipzig hatte man bei der Universitäts-

kirche so entschieden. In Potsdam kam noch das antipreußische Moment hinzu. Es war ein „Schlag gegen Preußen“ – einen Staat, den die vier Siegermächte immerhin per Dekret aufgelöst hatten.

Seit den 1990er Jahren wollen recht unterschiedliche Kräfte den Wiederaufbau dieser Kirche. Es wird konzipiert, postuliert, diskutiert – manchmal auch provoziert. Es wurde gesammelt – und es kam ein ganze Menge Geld zusammen. Anfang dieses Jahres kam es – wieder einmal – zu einer Polemik um den Wiederaufbau. Öffentliche Gelder, konkret Mittel der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO-Vermögen), sollten an die Stiftung Garnisonkirche Potsdam gehen. In den lokalen Medien tauschte man per Leserbriefe Argumente und Anschuldigungen aus. Jedoch kam es dann bald zu Gesprächen, zunächst

unter vier Augen, dann zu einer öffentlichen Debatte. Sie versprach Brisanz, so eine Zeitung. Das klare Gegenüberstellen der Argumente, ja, dazu kam es, aber zu keinem großen Theater, wie von so manchem erhofft. Der Theologische Vorstand der seit 2008 bestehenden Stiftung Garnisonkirche, Pfr. Martin Vogel, und DIE LINKE Potsdams tauschten sachlich die Argumente aus und am Ende waren beide Seiten etwas klüger. Günther Waschkuhn formulierte zunächst die Haltung der LINKEN. „Wir sind nicht gegen den Aufbau dieser Kirche, aber es darf kein städtisches Geld dafür fließen.“ Gleichzeitig unterstrich er die Kritik an der ungerechten Verteilung der PMO-Mittel. Die Auseinandersetzung der LINKEN mit der Garnisonkirche war ein ständiger Lernprozess und eine „Gratwanderung“, so Rolf Kutzmutz: Anfang der 1990er war man ent-

schieden dagegen. In dem damaligen Konzept der konservativen Stiftung Preußisches Kulturerbe um Max Klaar sah man die Gefahr einer Wiederbelebung der Tradition als Militärkirche. Darum kann ein Wiederaufbau nur als Kontrapunkt zur alten Garnisonkirche realisiert werden, so Kutzmutz.

Dies nahm Martin Vogel zum Anlass, um sein Konzept vorzustellen. „Die Garnisonkirche ist eine Herzensangelegenheit“, so Pfarrer Vogel in seinem Plädoyer für den Wiederaufbau. Vogel möchte am 31.10.2017 den ersten Gottesdienst in der Garnisonkirche abhalten. Dafür bedarf es Geld, viel Geld: 29 Millionen Euro für den Turm und weitere 80 Millionen Euro für das Schiff. Auf drei Säulen stehe sein Konzept: eine offene Stadtkirche – für Bürger und Touristen; eine Symbolkirche – als einen Ort, an dem über deutsche Geschichte in all ihren Facetten geredet werden kann, und als ein Ort der Versöhnung. Das stieß auf Protest. „Woher nimmt die Evangelische Kirche das Recht, die Garnisonkirche als Objekt der Versöhnung zu nehmen“, fragte einer der Anwesenden aus dem Publikum. Leider blieb dies unbeantwortet. Es sei „Zynismus, dass diese Kirche das Geld erhält, das anderen Gedenkstätten, die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen, fehlt“, fuhr der Fragesteller fort. „Ich sehe den Weg der Stiftung positiv“, so ein anderer Bürger. Auch Waschkuhn versicherte Vogel, dass mit dem Ausscheiden von Klaar die Glaubwürdigkeit des Konzeptes für uns klarer sei. Letzte Verunsicherungen wurden Ende 2009 mit dem Ausstieg der national-konservativen Stiftung Preußisches Kulturerbe um Max Klaar ausgeräumt. Auch der vorgestellte Entwurf fand bei dem Gros der Anwesenden Zustimmung.

Die Diskussion kam dann auch zum generellen Verhältnis zwischen Kirche und der LINKEN. Bei Themen wie Friedenspolitik, Solidarität und soziale Gerechtigkeit stehe man sich nahe. Zugleich sei Religiosität eine zutiefst individuelle Angelegenheit, die nicht durch Beschlüsse geklärt werden kann. Das offene und ehrliche Gespräch hat geholfen, Vorurteile (auf beiden Seiten) abzubauen. Erkenntnisgewinn kam auch dazu und man war sich am Schluss einig: „Viel Zeit soll bis zum nächsten Gespräch nicht vergehen.“

Sascha Krämer



Garnisonkirche soll Bürgerkirche werden

Unterstützung ist starkes Signal der rot-roten Landesregierung / Von Pfarrer Martin Vogel

Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam strebt den Wiederaufbau der im Krieg ausgebrannten und 1968 auf Befehl von Walter Ulbricht gesprengten Potsdamer Garnisonkirche an. Dieses ehrgeizige Ziel beschäftigt nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt; die Wiederaufbaupläne werden deutschlandweit wahrgenommen. Häufig verbindet sich mit Gesprächen zur Potsdamer Garnisonkirche eine leidenschaftliche Diskussion über das Für und Wider eines solchen Wiederaufbaus: Überholtes Wahrzeichen oder neue Mitte?

Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Wolfgang Huber ist es der Stiftung gelungen, den Bundespräsidenten als Schirmherren über den Wiederaufbau der Garnisonkirche zu gewinnen. Die Eheleute Maren und Prof. Dr. Werner Otto begleiten den Gedanken des Wiederaufbaus als Ehrenkuratoren. Die Stiftung konnte im Februar 2010 die Übertragung der für den Wiederaufbau der Kirche nötigen Grundstücke abwickeln. Die Zuwendung einer Anschubfinanzierung aus Geldern des sogenannten SED-Unrechtsvermögens in Höhe von zwei Millionen Euro wurde der Stiftung

von Ministerin Münch in Aussicht gestellt. Hier wird eine symbolische Form der Wiedergutmachung eines Unrechtsaktes vorbereitet. Die Unterstützung dieses Projekts ist ein starkes Signal der rot-roten Landesregierung.

Der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche ist in meinen Augen ein Programm zur Förderung der Demokratie. Aus der einstigen Hof- und Garnisonkirche wird eine Bürgerkirche werden, die Beteiligungschancen eröffnet und damit nicht nur zur Belebung der städtebaulichen Mitte beiträgt, sondern der Bürgergemeinde



Pfarrer Martin Vogel (Foto) ist ehrenamtlich Theologischer Stiftungsvorstand der Stiftung Garnisonkirche Potsdam sowie persönlicher Referent des Bischofs der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

helfen wird, sich neu zu etablieren.

Die Potsdamer Garnisonkirche ist eine Symbolkirche. An ihr hatten ungezählte Erinnerungen und Geschichten, die – um unserer Kinder willen – im kulturellen Gedächtnis aufbewahrt werden sollten. Es gibt keinen besseren Ort, an dem Schülerinnen und Schüler Berlins und Brandenburgs den Zusammenhang von heimatkundlichem Wissen über lokale Ereignisse und weltgeschichtlichen Folgerungen entdecken können. In dieser Kirche können Christen, Agnostiker, Zaungäste und Atheisten gemeinsam ihr Gewissen schulen.



Treu und Redlichkeit?

Die Garnisonkirche steht wie kein anderes Gebäude, außer vielleicht der Reichstag in Berlin, für das Scheitern der ersten deutschen Republik. In ihrem Portal gaben die Regenten dieser ersten Republik in einem symbolischen Akt ihre Macht in die Hände der Faschisten. Dieses Ritual des „Tages von Potsdam“ beendete formal die Macht des Reichspräsidenten und gab diese Macht in die Hände des Kanzlers, der zu dieser Zeit Adolf Hitler hieß. Das Ende dieser Tragödie geht auch mit der Zerstörung des Gebäudes 1945 einher.

Daneben steht die Kirche für eine Tradition, die aus der für Preußen typischen Mischung aus Militär und Protestantismus gespeist wird. Das Glockenspiel der Kirche fordert zu „Treu und Redlichkeit“ auf. Durch die Ereignisse des „Tages von Potsdam“ bekommen leider nach meiner Ansicht diese Worte die Bedeutung von „Gehorsam und

Rechenschaft“ oder „Zucht und Ordnung“, Eigenschaften, die nicht zu einer aufgeklärten, emanzipierten Gesellschaft gehören.

Ich möchte nicht, dass die Kirche oder der Platz davor wieder Aufmarsch- und Gedenkort für Nazis und Militaristen wird. Deshalb finde ich das vorgesehene Nutzungskonzept der evangelischen Kirche zwar gelungen, habe jedoch meine Sorge, ob wirklich verhindert werden kann, dass der braune Mob dort vor der Tür regelmäßig den „Tag von Potsdam“ feiert.

Ich finde das Gebäude kulturhistorisch wertvoll und architektonisch reizvoll. Es fehlt in der Tat im Gesicht der Stadt. Jedoch überwiegen meine Ängste. Deshalb bin ich der Meinung: Aufbau: von mir aus – aber ohne jeden öffentlichen Cent.

Ronny Besançon,
stellv. Kreisvorsitzender
DIE LINKE

Der mit der Potsdamer Stellplatzsatzung in der vergangenen Ausgabe von „PaS“ eingeleitete stadtentwicklungspolitische Diskurs kann nicht losgelöst von strategischen Überlegungen geführt werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik in der Partei DIE LINKE stellt drei Kernthemen in den Mittelpunkt, die schon heute und erst recht in naher Zukunft für Kommunen und Regionen übergreifend von existenzieller Natur sein dürften:

Die Energiefrage wird zu einer kardinalen Zukunftsfrage, die nicht nur die Kommunen und

Die Energiefrage – der soziale Stadtumbau – die kommunalen Finanzen

Regionen trifft, aber diese in besonderem Maße. Die Zeit des billigen Öls ist endgültig vorbei, es wird nur noch teurer, für die Kommunen zunehmend existenzbedrohend. Hier müssen radikale Konzepte sowie ein praktisches Umsteuern umgehend eingeleitet werden. Im Mittel-

punkt steht dabei die regionale Energie-Autonomie. Die LINKE muss dieses Thema in der politischen Öffentlichkeit mit einer klaren sozialen Konsequenz aufgreifen. Derzeit droht ein Rückfall in das primitive Atom- und Kohlezeitalter. Hier muss vorgebeugt werden. Dabei geht es

nicht nur um die Energiepolitik, sondern um die kommunale/regionale Energie- und Ressourcenwirtschaft. Die Monopolstellung der dominierenden Energieerzeuger ist zu brechen, eine grundlegende Wende in der Energie-, Sozial- und Wirtschaftspolitik herbeizuführen.

Der soziale Stadtumbau ist das zweite damit zusammenhängende Thema. Gegenwärtig wird er als Sanierungsprogramm für die Wohnungswirtschaft begriffen, weswegen Stadtumbau inzwischen ein gigantisches Kahl-schlagprogramm geworden ist. Dass es einen für die einzelnen Wohnungsunternehmen problematischen „Wohnungsübergang“ gibt, soll nicht bestritten werden. Jedoch: Kein Unternehmen würde abreißen, wenn es nicht enorme Förderung gäbe; und die Entschuldung kommt noch hinzu. Es muss ein Abrisstopp bzw. ein Abrissmoratorium herbeigeführt werden, um die damit verpulverten finanziellen Reserven in einen wirklich sozialen Stadtumbau zu leiten.

Das Ganze ist eng mit den kommunalen Finanzen verknüpft: Fast alle Kommunen sind verschuldet. Das ist ein Grundsatzproblem. Es sollte eine inhaltlich gebundene Generalentschuldung aller Kommunen erfolgen, wenn die Regionen und Kommunen Konzepte haben, wie sie den Stadtumbau unter den Gesichtspunkten sozialer Vorsorge, Demografiebalance, Ausgleich bzw. Vorsorge zum Klimawandel und Energieautonomie betreiben wollen

red/S.P.



Die alte, neue Mitte – aber BEHUTSAM

Am 24. Oktober 1990 fasste die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung den Beschluss zur behutsamen Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss und -aufriß. Die seitdem von einem beachtenswerten bürgerschaftlichen Engagement begleitete geführten Diskussionen mündeten jüngst in eine öffentlich geführte Debatte um Leitbauten und Leitfassaden für die Potsdamer Mitte. Der Landtagsneubau mit seiner dem verlorenen Original möglichst nahe kommenden Kubatur und Fassade ist gesetzt. Jedoch die darum zu entwickelnden Quartiere nehmen zunehmend eine auch für den Laien erfassbare Gestalt an. Während der Bereich an der Alten Fahrt mit dem Standort des ehemaligen Palais Baberini auf einer unbebauten Fläche erfolgen wird, müssen für die drei künftigen nördlich des Landtagsneubaus zu formierenden Quar-

tiere vorhandene Bauten weichen.

Eine zumindest in der medialen und politischen Öffentlichkeit sich Gehör verschaffende Mehrheit der sich in die Diskussionen einbringenden Bürger und Politiker ist von einer weitgehenden Wiederherstellung der historischen Quartiere, ihrer Parzellierung- und Baustrukturen als einzigem Lösungsansatz überzeugt. Die kommunale Beschlusslage als auch die Empfehlungen verschiedenster öffentlicher Foren bestätigen das. Es kann in den nächsten Jahren alles so kommen. Zufriedenstellend, möge man meinen, wenn da nicht die immer von den LINKEN mit ins Feld geführte soziale Komponente wäre. Das, was ihrer Vorgängerin immer vorgeworfen wird, ohne besondere Not bauliche Geschichte despotisch beseitigt zu haben, wird nun erneut vorbereitet: vollständiger Abriss.

Da Stadträume immer Veränderungen unterworfen sind, sei aus zeitgenössischen Gestaltauffassungen oder auch nur aus politischen Erwägungen heraus, wäre das noch nicht so dramatisch. Doch in dem Moment, wo funktionsfähige, der Allgemeinheit dienende Bausubstanz beseitigt werden soll, stellt sich die Frage nach Übernahme der sozialen Verantwortung in der Stadtplanung. Nimmt man/frau sich ihrer an, wenn das Gebäude der Fachhochschule Potsdam an der Friedrich-Ebert-Straße, auch wenn diese absehbar an einen peripheren Standort ziehen wird, für die Wahrung des historischen Stadtgrundrisses schlicht weg beseitigt wird, statt es anschließend weiterhin einer öffentlichen, ihrem baulichen Ursprungszweck entsprechenden Nutzung zuzuführen?

So nachvollziehbar es auch sein mag, die weitere Gestaltung der

durch Krieg zerstörten Quartiere um die Nikolaikirche sollte unter dem Aspekt der im Beschluss von 1990 geforderten „Behutsamkeit“ erfolgen. Anstelle der Beseitigung von Zeugnissen des Städtebaus der 1970er Jahre – und ich spreche bewusst nicht von DDR-Architektur – sondern von der Nachkriegsmoderne, die es weltweit mit unterschiedlichem Erfolg gegeben hat – hätte die Ideenfindung vorangetrieben werden, diesen Gebäudekomplex, wenn auch in Abänderungen, in die Entwicklung der Potsdamer Mitte zu integrieren. In der 2006 durchgeführten Planungswerkstatt wurde auch dieser Ansatz aufgezeigt, jedoch dann letztendlich nicht weiter verfolgt.

Soll keiner von fehlenden Mitteln für die Bildung reden – ich werde ihn an den bevorstehenden Abriss der Fachhochschule erinnern. *Steffen Pfrogner*

Freie Flaniermeile am See erhalten

Oberbürgermeister ließ Sperren am Ufer des Groß Glienicker Sees räumen

Hunderte Menschen hatte der Streit um den öffentlichen Uferweg am Groß Glienicker See auf die Beine gebracht, als am 11. April Vereine des Ortsteiles zur Kundgebung auf der Badewiese aufgerufen hatten (Fotos). Die Sperren, die mehrere Anrainer über Ostern quer über den Weg errichtet hatten, sollten wieder fallen. Fast einmütig der Wunsch der Groß Glienicker, den seit 20 Jahren freien ehemaligen Postenweg der Grenzanlagen zu behalten und nicht den freien Spazierweg am See wieder herzugeben.

Allgemeinwohl stehe vor Eigennutz, so die weit verbreitete Meinung der Groß Glienicker, zumal in Groß Glienicke ja ein Bebauungsplan besteht. Redner wie der Vorsitzende des Groß Glienicker Kreises, Dieter Dargies, und der stellvertretende Ortsvorsteher Winfried Sträter erinnerten daran, dass der Weg jahr-

zehntelang mit einer Mauer versperrt war und dass nun wiederum Sperren, abgesichert mit Wachs, Hund und Videokamera, den Bewohnern Schrecken einjagen. Sträter verglich den Uferweg mit der Flaniermeile der Potsdamer, der Brandenburger Straße, oder dem Ku'damm. Oberbürgermeister Jann Jakobs war ebenfalls nicht zaghaft in seiner Rede zu den Groß Glienickern und forderte die Beseitigung der Sperren. „Jeder, der hier ein Grundstück erworben hat, wusste, worauf er sich einlässt“, erklärte Jakobs. Allerdings: „Naturschutzrecht ist kein Verhandlungsgegenstand.“

In Zugeständnissen zu Naturschutzaufgaben an die Eigentümer und juristischen Spitzfindigkeiten stecken vielfach die Verhandlungen fest.

Zwei Anrainer, die ihren Weg für die Öffentlichkeit offen halten, beschrieben die unbefrie-



digenden Verhandlungen mit der Stadt so: Zusagen würden vereinbart und nicht eingehalten.

Nach der mit viel Beifall bedachten Räumung der Sperren am Tag danach machte eine Vermutung die Runde, dass der Oberbürgermeister vor den in diesem Jahr anstehenden Wahlen für sein Amt unbedingt ein Erfolgserlebnis brauche und so zu dieser Entscheidung – nicht zuletzt durch Hunderte Kundgebungsteilnehmer am See – getrieben wurde. Ob er sich damit einen Gefallen getan hat, werden die Gerichte entscheiden. -rd



Chance vertan – bundeseigene Seen und Gewässer können weiterhin verkauft werden

Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, dann werden die Brandenburger Seen und Gewässer weiterhin meistbietend verkauft. Entsprechende Versuche, über ein Moratorium den Verkauf auszusetzen, bis die entsprechenden bundesgesetzlichen Grundlagen für eine unentgeltliche Übertragung der Seen an das Land oder die Kommunen geschaffen werden, sind bislang nicht von Erfolg gekrönt. Erst jüngst hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages einen Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen, der den Verkauf der Gewässer vor allem in Ostdeutschland stoppen sollte, abgelehnt. Mit diesem sollte eine

Übertragung der Seen an die Länder sowie an Umweltstiftungen oder -vereinigungen zu Zwecken des Naturschutzes ermöglicht werden. Einzig die Antrag stellende Fraktion und DIE LINKE, die bereits im Dezember 2009 einen ähnlichen Antrag gestellt hatte, stimmten dafür.

Der Bund will die in seinem Besitz befindlichen Seen in Ostdeutschland verkaufen. Dem muss Einhalt geboten werden. Die Privatisierung gefährdet die Nutzung der Seen für Naherholung und Naturtourismus. Es darf nicht Privaten überlassen werden, wer sich künftig an einem See erfreuen darf. Deshalb ist Brandenburg Ende vergangenen

Jahres der Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegen die Seenprivatisierung beigetreten. Die Bundesratsinitiative wurde in die Ausschüsse überwiesen und schmort da vor sich hin. Denn das Thema „Seenprivatisierung“ ist ein reines ostdeutsches Thema, die westdeutschen Bundesländer sind nicht interessiert.

Mit dem Verkauf beauftragt ist die Bundesverwaltungs- und -verwaltung GmbH (BVVG), die sämtliche volkseigene Flächen in den neuen Bundesländern privatisieren soll. Die Landesregierung Brandenburg fordert eine unentgeltliche Übertragung der Gewässer an Kommunen bzw.

das Land. Auch eine Übertragung an Umweltstiftungen solle als Ausnahme möglich sein, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, wie die Verwendung nur zu Naturschutzzwecken. In diesem Zusammenhang ist auch der öffentliche Zugang zu den Gewässern ein wichtiges Thema. „Zutritt-verboden-Schilder vor Seen sind mit der Allgemeinwohlverpflichtung des Grundgesetzes nicht zu vereinbaren“, wie der Brandenburger Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Wolfgang Neskovic, treffend formulierte. Gerade die Potsdamer Erfahrungen zeigen, welcher Zündstoff sich dahinter verbergen kann, wenn privates und öf-

fentliches Interesse aufeinanderprallen.

Da über den Kauf des Griebnitzseeuferweges auch im Haushaltsausschuss des Bundestages entschieden wird und der Oberbürgermeister eine Hoffnung für Potsdam darin sieht, fordere ich die Potsdamer Bundestagsabgeordneten auf, sich bei ihren Haushaltern verstärkt für die Interessen der Stadt einzusetzen, damit ein Beschluss für die Mehrheit der Bewohner erreicht werden kann.

Anita Tack,
Brandenburgs
Umweltministerin
(DIE LINKE)

LINKE begrüßt Klage gegen LIDL

Lidl betreibt ein falsches Spiel auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Inland ebenso wie im Ausland. DIE LINKE begrüßt deshalb die gemeinsame Klage der Verbraucherzentrale, des European Center for Constitutional and Human Rights und der Kampagne für saubere Kleidung gegen den Konzern. „Es ist wichtig, dass Lidl in den Schlagzeilen bleibt. Ein Unternehmen, das die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bespitzelt und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen bei seinen Zulieferern billigend in Kauf nimmt, sich aber in der Öffentlichkeit als Saubermann hinstellt, gehört dauerhaft an den medialen Pranger.“

Lidl wirbt mit Produkten, die angeblich unter ‚sozialverträglichen Arbeitsbedingungen‘ hergestellt werden. Die Realität sieht anders aus. Sieben Tage Arbeit pro Woche, 80 Wochenstunden und erzwungene Überstunden zu Löhnen, von denen die Menschen ihre Kinder nicht ernähren können, haben aber nichts mit fairen Arbeitsbedingungen zu tun. Den Arbeiterinnen und Arbeitern wird selbst die Wahrnehmung ihres Rechts auf Organisation in einer Gewerkschaft verwehrt.

Verbraucherzentrale warnt:

Mit Renten-Bonus-Versprechen auf Kaffeeahrt?

Viele Brandenburger erhielten dieser Tage eine als Rentenbescheid mit amtlichem Anstrich versehene Gewinnbotschaft einer so genannten Info-Zentrale mit Postfachadresse in Bremen. Unter dem Vorwand einer angeblichen Renten-Bonus-Zahlung werden persönliche Daten wie Geburtsdatum, Arbeitsjahre und Telefonnummer abgefragt. Die angeblich kostenlos bereitgestellten Busse und das in Aussicht gestellte Delikatess-Buffet deuten zudem auf eine Kaffeeahrt hin. Die Verbraucherzentrale rät,

dubiosen Anbietern keine persönlichen Daten für rechtswidrige Werbeaktionen zu übergeben!

Scoring künftig besser nachvollziehbar

Seit 1. April 2010 verbessert eine Neuregelung des Bundesdatenschutzgesetzes die Informationsrechte der Verbraucher über Verfahren zur Bewertung ihrer Kreditwürdigkeit (Scoring). „Künftig können Verbraucher einmal im Jahr kostenfrei eine Auskunft über ihren aktuellen Scorewert und dessen Herleitung verlangen“, erläutert Erk Schaarschmidt von der Verbraucherzentrale Brandenburg und empfiehlt:

„Betroffene können dann die über sie gespeicherten Daten prüfen, fehlerhafte Bewertungen leichter aufdecken und Korrekturen verlangen.“ Beim Scoring erheben zum Beispiel Auskunfteien wie Schufa oder Infoscore Daten von Verbrauchern, die über ihre Finanzkraft Auskunft geben sollen. Davon leiten Unternehmen ab, ob und zu welchen Bedingungen sie dem Verbraucher einen Kredit, Handy-, Energielieferungs- oder Wohnungsmietvertrag anbieten. Da häufig fehlerhafte Daten gespeichert werden und Verbraucher deshalb zum Beispiel bei Kredit zu hohe Zinsen zahlen müssen, sollten

sie diese Kontrollmöglichkeit nutzen.

Kampagne der Verbraucherzentrale gegen Werbeanrufe

Mit einer Umfrageaktion zu unerlaubten Werbeanrufen wollen die Verbraucherzentralen auffällige Unternehmen stoppen und ihre Forderung nach einer Verschärfung des gesetzlichen Schutzes untermauern.

Ab sofort werden Hinweise zu Werbeanrufen im Beratungszentrum Potsdam, Lange Brücke 2, und unter www.vzb.de/ telefonwerbung erfasst.

DIE LINKE: Gute Arbeitsbedingungen und Tarifverträge notwendig

Zu den gescheiterten Tarifverhandlungen im Klinikum Ernst von Bergmann erklärten Günther Waschkuhn, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE.Potsdam, und Ronny Besançon, stellv. Kreisvorsitzender und Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Gesundheit und Soziales der StVV Potsdam:

Gerade ein kommunales Klinikum als einer der größten Be-

triebe der Stadt muss den Anspruch erfüllen, allen im Betrieb Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Ausgründungen von Service-Gesellschaften dürfen nicht zu einem Zwei-Klassen-Betrieb führen. Gerade deshalb muss auch für die Beschäftigten der Service-Gesellschaften Tarifsicherheit bestehen.

Dabei genügen 7,50 Euro als

vereinbarer Stundenlohn nicht aus. Daneben müssen Sonderzahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, sowie eine angemessene Absicherung durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall tarifvertraglich geregelt werden. Auch die Modalitäten bei der Betriebsumstrukturierung, wie z.B. die soziale Absicherung durch Kündigungsschutz beim Ausbau der Klinikum-Service-Ge-

sellschaft, bedürfen einer Regelung. „Fire and hire“-Praktiken dürfen nicht möglich werden.

DIE LINKE spricht sich für den Abschluss eines diese Punkte umfassenden Tarifvertrages aus. Diese Lösung wäre gleichermaßen im Sinne der Beschäftigten und des Klinikums.

Betriebsräte wählen

Bis zum 31. Mai 2010 werden turnusgemäß die Betriebsratswahlen durchgeführt. Belegschaften, die bisher keinen Betriebsrat gewählt haben, können die erstmalige Wahl eines Betriebsrates jederzeit, also auch danach durchführen.

In vielen Betrieben in Brandenburg – vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen sowie Filialbetrieben – gibt es bis heute keinen Betriebsrat. Doch gerade in Zeiten der Krise ist diese betriebliche Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten notwendiger denn je. Sie ergänzt die überbetriebliche Interessenvertretung durch die Gewerkschaften.

Betriebsräte bestimmen zum Beispiel mit bei Arbeitszeitverteilung und Überstunden, sie sind zu beteiligen bei Einstellungen, Versetzungen und Kündigungen, sie kontrollieren die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und geltenden Tarifverträgen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, arbeiten sie eng mit der Gewerkschaft zusammen.

„Betriebsratsverseucht“ – das

„Unwort“ des Jahres 2009 stammt von der Baumarktkette „Bauhaus“. Hardliner unter den Arbeitgebern wünschen sich „betriebsratsfreie Zonen“. FDP und Wirtschaftslobbyisten gehen schon die bestehenden eingeschränkten Mitbestimmungsrechte zu weit, sie wollen diese gesetzlich beschneiden. Betriebsräte sollen verkleinert und in weniger Betrieben zugelassen werden.

DIE LINKE hält dagegen: Neben gesetzlichen Eingriffen – wie etwa einem Vergabegesetz – verhindern gerade starke Gewerkschaften und Betriebsräte, dass schlechtere Arbeitsbedingungen und Niedrigstlöhne weiter um sich greifen. Starke Betriebsräte helfen so auch gegen die weit verbreitete ökonomisch begründete Angst und Duckmäuserium.

DIE LINKE in Brandenburg steht

an der Seite der Beschäftigten. Wir unterstützen alle, die ihre Rechte wahrnehmen, einen Betriebsrat wählen und gemeinsam für ihre Interessen kämpfen.

Demokratie darf nicht vor dem Werkstor enden. Der Ausbau der Mitbestimmung ist ein wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft und damit zu einer wirklichen demokratischen Gesellschaft.

-red



Kindertag mit Überraschungen

Die LINKE.Potsdam feiert wie jedes Jahr mit Potsdamer Kindern den Internationalen Kindertag am 1. Juni. Dieses Jahr dürfen sich die Kinder einer Potsdamer Schule auf ein besonders High-light freuen.

Es war uns möglich, für diesen Tag einen großen Magier für die Kinder zu gewinnen. Timothy Trust (Foto) ist der amtierende DEUTSCHE MEISTER der Mentalmagie und der Großillusion, außerdem Vizeweltmeister 2006-2009 in der Kategorie Mental Magic und Träger des internationalen Merlin Award 2010.

Der Merlin Award wurde in der Vergangenheit unter anderem an Siegfried & Roy, David Copperfield und Chris Angel überreicht.



Langer Tag in Warnemünde

Die Ortsgruppe der Volkssolidarität „Templiner Vorstadt“ lädt wieder zu Busfahrten mit der ganzen Familie ein. Es geht zu verschiedenen Terminen an den Ostseestrand nach Warnemünde. Alle Generationen sind herzlich willkommen. Anmeldungen: Frau Gabriele Oldenburg, Tel.: 0331/280 49 01.

Die Veranstaltung findet am 01.06.2010 um 10.30 Uhr beim Ristorante Palazzo Templare, Zepelinstraße 136, 14471 Potsdam, in der ehemaligen Dampfmühle des PERSIUSBAUS, direkt am Havelufer statt.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wird gemeinsam mit den Kindern Pizza backen und dem Magier als Gehilfe zur Seite stehen. Der Eigentümer des Palazzo Templare stiftet den Kindern die Getränke und das Essen.

Wer sich dieses Ereignis nicht entgehen lassen will, ist herzlich eingeladen.

Thomas Schummel

Das Sandmännchen – Abenteuer im Traumland

... und vieles mehr seit dem 1. April im Filmpark Babelsberg

Der Filmpark Babelsberg startete am 1. April in seine Saison 2010. Als einziger Freizeit- und Themenpark im Großraum Berlin/Potsdam wird er wieder Anziehungspunkt für viele Besucher aus der Region, aus Deutschland und aus der Welt.

Am 30. September 2010 startet das erste Kinoabenteuer des Sandmännchens, das von der scopas medien AG in der Caligari Halle im Filmpark Babelsberg gedreht wurde. Der Stop-Motions- und Animations-Film mit Realsequenzen erlaubt kleinen und großen Zuschauern erstmalig einen Blick in das farbenprächtige Heimatland des Sandmanns. Im Filmpark Babelsberg werden schon vor der Kinopremiere Einblicke in das Kinofilmstudio möglich.

Mit dem neuen Programmpunkt der Kinofilmausstellung „Das Sandmännchen – Abenteuer im Traumland“, einer Co-

produktion der scopas medien AG mit dem rbb, mdr, NDR, KiKa und Amuse Films, Paris, im Verleih der Falcom Media, erweitert der Filmpark sein Programm – mit dem Animationsfilm der neuesten Generation.

Die Ausstellung als Einblick in ein Kinofilmstudio ist in Zusammenarbeit der Filmpark Babelsberg GmbH mit dem Produzenten des Films, der scopas medien AG, entstanden. Die Gäste werden im neuen Green-Screen-Studio im Sandmannhaus Teil der neuen Welt des Kinofilm-Sandmännchens.

Die Eigenveranstaltungen, vom Klassiker „Lange Babelsberger Filmparknacht“ bis „Halloween“, bekommen inhaltlich und in der Ausstattung eine neue Dimension. Am 6. August wird Radio TEDDY's 5. Geburtstag gefeiert.

Und natürlich wird der Veranstaltungsbereich als Ganzjahresbetrieb mit der Metropolis

Halle®, der Caligari Halle und dem Erlebnisrestaurant „Prinz Eisenherz“ erneut unter Beweis stellen, dass die Medienstadt exklusiver Ort für Feste aller Art ist.

Eines der wichtigen Ziele ist, angespornt und bestätigt durch die Verleihung der „Service Qualität Deutschland – Stufe I“ durch das Land Brandenburg, die ständige Verbesserung von Angeboten, Service und Gesamtdarstellung. Der Filmpark Babelsberg ist für die Saison 2010 gut aufgestellt – allen Gästen ein herzliches Willkommen!

Öffnungszeiten 2010:

01. April bis 31. Oktober, 10.00 – 18.00 Uhr

Schließtage: montags außerhalb der Hauptferienzeiten und Feiertage in Berlin/ Brandenburg

Info-Line: 0331 / 72 12750

Internet: www.filmpark.de

E-Mail: info@filmpark.de



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 03.05.2010, 14.30 Uhr: „Südtirol – Land im Gebirge“ – Diavortrag in Überblendtechnik mit Herrn Walter Heller. *Dahlweid

Dienstag, 04.05.2010, 17.00 Uhr: Sitzung des Behindertenbeirats Potsdam im Oberlinhaus Babelsberg

Dienstag, 04.05.2010, 14.30 Uhr: „Reise zu den Pinguinen“. Eine Expedition in die Antarktis mit Prof. Dr.-Ing. Wilfried Korth. *Dahlweid

Mittwoch, 05.05. und Dienstag, 11.05.2010, 17.00 Uhr: „Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste“. Die lange Nacht des Films – von und mit Ingrid Püschel. *Dahlweid

Sonabend, 08.05.2010, 14.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci“. *Dahlweid

Sonntag, 09.05.2010, 10.00 Uhr: Frühlingschoppen „Rathausreport live“ im Restaurant „Korfu“, Dorfstraße Groß Glienicke.

Montag, 10.05.2010, 14.30 Uhr: „Potsdamer Geschichten, Teil IV – ein Wie-

dersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“. Musikalisch-literarischer Nachmittag. *Dahlweid

Mittwoch, 12.05.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Mittwoch, 12.05.2010, ab 16.00 Uhr: 33. Behindertenforum der Landeshauptstadt, Haus der Begegnung, Zum Teufelsee 30 in Waldstadt II.

Donnerstag, 13.05.2010, ab 10.00 Uhr: Wir feiern Himmelfahrt! Hof des Hauses der LINKEN, Alleestraße 3.

Freitag, 14.05.2010: Infostände der LINKEN in den Stadtteilen: 14.30 Uhr Keplerplatz/Am Stern; 15.00 Uhr Rathaus Babelsberg; 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center/Drewitz; 16.00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße/Waldstadt II.

Sonabend, 15.05.2010: Infostände: 10.00 Uhr REWE-Markt/Zentrum Ost; 10.00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz; 10.30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld.

Sonabend, 15.05.2010, 10.00 Uhr: „Ist mit der derzeitigen Struktur der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt

verschwunden?“ – Diskussion mit dem ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Hixsch, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE. Ort: Stern*Zeichen, Galileistraße Am Stern.

Dienstag, 25.05.2010, 14.30 Uhr: „Neues Klima im Land und in der Stadtpolitik?“ Dr. Herbert Schlomm diskutiert mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg über Ergebnisse der Arbeit der Stadtraktion DIE LINKE. *Dahlweid

Mittwoch, 26.05.2010, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Montag, 31.05.2010, 14.30 Uhr: „Vom Land der Maare bis an die Kreideküste“. Eine interessante Reise mit Karl Kreuz aus der Reihe „Romantisches Deutschland“. *Dahlweid

Dienstag, 01.06.2010, 14.30 Uhr: „Senioren lesen für Senioren“. Mitglieder der Gruppe „Zeitzeugen“ beim Seniorenbeirat Potsdam lesen Geschichten, Gedichte und Anekdoten aus eigener Feder. Unter dem Titel „Ich fang für euch den Sonnenschein“ erzählen sie heitere und nachdenkliche Geschichten aus unserem Leben.

Musikalische Begleitung durch Manfred Bischoff. *Dahlweid

*Dahlweid: Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 im Zentrum-Ost

Tag der offenen Tür in der Hessestraße

Der „Fritz Teppich-Verein zur Sammlung antifaschistischer Biografien“ und die Norbert Fiebelkorn-Stiftung „Brandenburger Bibliothek der im Faschismus verbotenen Bücher“ lädt zur Eröffnung und zum Tag der offenen Tür in den Treffpunkt der NFS in der Hessestr. 19 am 30. April 2010 ein.

Von 10 bis 18 Uhr sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu zwanglosen Gesprächen, zu Anliegen, Programm und der Arbeitsweise des Treffpunktes eingeladen.

Weitere Veranstaltungen im April/Mai 2010:

Donnerstag, 29. April 2010, 18 Uhr: „Kommt der politische Streik?“ Veit Wilhelmy, Gewerkschaftssekretär der IG BAU Wiesbaden-Limburg macht mit seinen Büchern über das Tabuthema des politischen Streiks bekannt und freut sich auf rege Diskussion.

Freitag, 7. Mai 2010, 18 Uhr: „Journalist in zwei Systemen“ Henning Hagen erzählt aus seinem Leben. Heiter, kritisch optimistisch etwas zum DDR-Journalismus aus der Sicht eines Redakteurs, der nie eine Leitungsfunktion bekleidete, über seine Erlebnisse zu „Wendezeiten“ in Bonn, Dresden und anderswo mit Chefpolitikern und Bankchefs, als Chefredakteur eines erfolgreichen Privatsenders.

Dienstag, 11. Mai 2010, 18 Uhr: „Lyrik, Prosa, doch kein Jazz“ Slov ant Gali stellt seine „Worträume“ vor – heitere, nachdenkliche gereimte und ungereimte Gedichte, die den Rahmen darstellen für Texte aus „Planet der Podos“ und „Mein außerirdischer Liebhaber“, was wiederum viel irdischer ist, als die Titel vorgeben. Oder umgekehrt? (Alle drei Bände sind im letzten Jahr erschienen.)

Mittwoch, 26. Mai 2010, 18 Uhr: „Querdenker stellt vor“: Rainer Thiel: sein Buch mit dem langen Titel „Allmähliche Revolution – Tabu der Linken – Zwei Arten Abstand von Politik: Warten auf Wunder... Gebt eure Stimme bei uns ab“, Wählt uns, bleibt Untertanen“